

VOLKSWAGEN

Wiedeking unter Druck

Zwischen Porsche und VW eskalieren die Konflikte. Porsche-Miteigentümer Ferdinand Piëch soll weiterhin daran arbeiten, Wendelin Wiedeking als Chef der Porsche Automobil Holding abzulösen. Das zumindest berichten Vertraute Piëchs. Grund: Wiedeking habe seit dem Einstieg Porsches beim VW-Konzern aus den befreundeten Unternehmen fast schon Feinde gemacht. Nicht nur die Betriebsräte streiten sich, sondern auch im VW- und Audi-Management gibt es massive Widerstände gegen Wiedeking, weil er Modelle wie den Phaeton und Marken wie Seat in Frage gestellt habe. Audi-Manager sollen die Zusammenarbeit mit den Stuttgartern deshalb oft hintertreiben, indem sie überhöhte Preise für Technik fordern, die Porsche bei ihnen einkaufen will. Wie zerrüttet das Verhältnis zwischen Piëch und Wiedeking ist, zeigte sich im Präsidium des VW-Aufsichtsrats. Dort wurde diskutiert, ob ein Antrag des VW-Betriebsrats abgelehnt oder die Beratung darüber vertagt werden soll. Wiedeking plädierte vehement für Ablehnung. Drei Arbeitnehmervertreter, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff sowie Piëch aber setzten die Vertagung durch. Piëch soll das Ergebnis süffisant kommentiert haben, Wiedeking habe keine Mehrheit. Ablösen könnte er den Porsche-Boss aber nur mit Zustimmung der übrigen Mitglieder des Porsche-Piëch-Clans. Diese sollen aber derzeit noch fest zu Wiedeking stehen. Porsche-Aufsichtsratschef Wolfgang Porsche attackiert unterdessen VW-Chef Martin Winterkorn. Er erwartet von ihm, dass er sich von den



Piëch, Wiedeking, VW-Produktion

rüden Angriffen seines Betriebsratschefs Bernd Osterloh auf die Porsche-Führung distanziert. Wenn Winterkorn weiterhin schweige, lasse dies nur zwei Schlüsse zu: Entweder stehe er hinter den Angriffen des VW-Betriebsrats, oder er traue sich nicht, gegen ihn anzutreten.



Bundeswehrmanöver (vor Kiel)

SIEMENS

Korruptionsaffäre alarmierte Bundeswehr

Die Schmiergeldpraktiken im Siemens-Konzern haben offenbar schon vor vier Jahren die Bundeswehr alarmiert. Das geht aus einem vertraulichen Protokoll der Vorstandssitzung des Konzerns vom 4. November 2004 hervor. Danach informierte der damalige Anti-Korruptions-Beauftragte Albrecht Schäfer das Top-Management über die Korruptionsermittlungen der Mailänder Staatsanwaltschaft. Sie ging Schmiergeldzahlungen von Siemens an Mitarbeiter des italienischen Kraftwerksbetreibers

Enel nach. Schäfer berichtete dem Vorstand, dass wegen der Enel-Ermittlungen das Bundesverteidigungsministerium in einem Schreiben „Gesprächsbedarf zur Zuverlässigkeit des Unternehmens“ angemeldet habe. Bei der Bundeswehr nahm man den Vorfall so ernst, dass der Leiter der Abteilung „Ermittlungen in Sonderfällen“ nach München reiste. Doch offenbar konnte Siemens die aufgeschreckten Militärs besänftigen. Das Ministerium habe „wohlwollend registriert“, dass man den Vorgang intern untersucht habe – und die beschuldigten Mitarbeiter nicht mehr im Unternehmen seien. Dennoch, so Schäfer, hätten die Sonderermittler gedroht, dass mit einer weiteren Zuverlässigkeitsprüfung zu rechnen sei, falls sich „weitere gravierende Korruptionsvorwürfe über den Enel-Vorgang heraus ergäben“. Siemens verhandelte damals gemeinsam mit der Telekom und IBM über einen 6,5-Milliarden-Euro-Auftrag der Bundeswehr zur Erneuerung der Computer- und Telekommunikationsausrüstung. Im frühen Stadium des Bieterverfahrens waren Gerüchte laut geworden, wonach das Siemens-Konsortium versucht haben soll, Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums zu bestechen.

JUSTIZ

Eigentor in Hannover

Peinliche Panne für die niedersächsische Landesregierung im Streit um das VW-Gesetz: Im Justizministerium in Hannover zweifeln Mitarbeiter selbst daran, dass eine umstrittene Regelung Bestand haben kann, für die das Land vehement kämpft: Das vom Europäischen Gerichtshof kritisierte Gesetz sichert dem Land Niedersachsen mit seinem 20-Prozent-Anteil an VW eine Sperrminorität auf Hauptversammlungen des Konzerns. In einem Vermerk zur Sitzung des Rechtsausschusses des Bundesrats am 3. September 2008 schreibt Annette Wiegand-Schneider vom niedersächsischen Justizministerium, ob der entsprechende Paragraph im VW-Gesetz „auf Dauer Bestand haben kann, erscheint zweifelhaft“. Den Entwurf der Bundesregierung zur Reform des VW-Gesetzes bezeichnet sie als „Minimalumsetzung des VW-Urteils“ des Europäischen Gerichtshofs. Ministerpräsident Christian Wulff ließ den Entwurf, der unautorisiert weitergeleitet worden war, zurückziehen.